

ist Pflicht jedes Gläubigen. Die Lehre des Koran vom heiligen Krieg haben die Anhänger Mohammeds treulich befolgt: das ganze Mittelalter hindurch hat das Abendland vor dem Einbrechen des Islam gealtert. Auch wenn wir nicht viel erfahren haben, der Kalif des Sultans zum „Heiligen Krieg“ in auf die 300 Millionen Mohammedaner nicht ohne Einfluss geblieben. Der eigentliche Christentum, wie er vordem bestand, ist bei den Türken heute überwunden. Wir können uns des türkischen Bundesgenossen freuen, können Achtung haben vor der Disziplin und der Eingebung, die wir dort finden. Der Vorkämpfer dankte dem Redner und gab allerlei amtliche Besordnungen bekannt. Er wies hin auf die Schule für türkischen Frauen, die auf den Widergeist, der schamlos weitergeht, auf die Kriegspendence der Weiblichen, auf den Beginn des Konstruktionsunternehmens am 10. Oktober, auf die Gedächtnisblätter für die Gefallenen und die nächste Diözesanversammlung. Es schloß sich ein weiterer Vortrag des Pfarrers Forberger an: „Verlangt der Krieg Klärung der Gottesdienstordnung, in besonderer der Predigtweise?“ Der Redner machte allerlei Vorschläge für die Liturgie und die Predigt. Er wies die Ueberdänglichkeit auf das Wort Gottes hin: die kirchlichen Ordnungen seien von derer willen zu schaffen, die noch nicht Christen sind, also, um die Entfremdeten zu gewinnen. Der Agendenzwang widerspreche so dem Geiste Gottes. Wertvoller noch als das Offenhalten der Kirche am Tage wäre es, wenn jeden Abend im Gotteshaus eine ganz kurze Andacht oder wenigstens Orgelspiel und Choralgesänge stattfände. In der Predigt müßten die Kriegserlebnisse sittlich-religiös gewertet werden. Eine bloße Aufzählung brächte schon die Zeitungen und gehöre nicht auf die Kanzel. Auch für die Textwahl der Predigt dürfe man keinen starren Zwang anordnen. Wie das Kennzeichnende der Frömmigkeit unterer Tage Tiefe, Ergriffenheit und Einfachheit ist, so soll das auch die Predigtweise charakterisieren. — An die merkwürdigen Darlegungen schloß sich eine rege Debatte an. 11 Uhr schloß die Versammlung.

Der Bezirksausschuß der Amtshauptmannschaft Dresden-Altschloß besaßte sich in der vorgestrigen öffentlichen Sitzung in der Hauptsache mit der Frage der Erhöhung der Familienunterstützungen. Er erkannte infolge der wachsenden Verteuerung der Lebensbedürfnisse die Notwendigkeit einer solchen Erhöhung an, doch soll eine endgültige Entscheidung erst dann herbeigeführt werden, wenn das Reich sich über die beantragte Erhöhung der Reichsunterstützungen schlüssig gemacht haben wird. Der Bezirksausschuß beschloß aber nach vertraulicher Abstimmung mit den Mitgliedern der Bezirksversammlung, und zwar unerwartet der Beschlussfassung durch letztere die bisher in Höhe von nur 2/3 der tatsächlichen Wohnungsmiete bis zum Wohnungsbetrag von 20 Mark bewilligten Mietunterstützungen an Kriegsfamilien vom 1. Oktober ab in voller Höhe bis zum monatlichen Höchstbetrage von 30 Mark, aus Billigkeitsgründen auch über diesen Betrag hinaus zu gewähren. Diese Unterstützung wird nur in der Höhe desjenigen Mietzinses festgesetzt werden, wie er am Anfang des Krieges zwischen den Parteien vereinbart worden ist. Die während des Krieges von Seiten der Hauswirte erhöhten Mietpreise bleiben sonach unberücksichtigt. Ebenso wird der Bezirksausschuß künftig dann, wenn eine Kriegsfamilie ohne dringenden und berechtigten Grund sich eine Wohnung mit höherem Mietzins ermiert, nur die dem Mietpreis der alten Wohnung entsprechende Mietbeihilfe weiter gewähren. Die Ortsbehörden des amtshauptmannschaftlichen Bezirks wurden ermächtigt, diese Mietunterstützungen unmittelbar den Hauswirten zuzuführen. Gegebenenfalls werden sich also die Hauswirte an die Ortsbehörden zu halten haben. Gleichfalls soll ab 1. Oktober eine Erhöhung der Unterstützungen für die arbeitslosen Textilarbeiter eintreten. Die wirkliche Zahlung der erhöhten Beträge wird wegen umfangreicher Vorarbeiten aber erst zu einem späteren Zeitpunkt eintreten. — Im weiteren Verlaufe der Beratung sprach sich der Bezirksausschuß im Interesse der dortigen Gegend für die Genehmigung zur Erbauung einer Straßenbahn im Polizeistadte bei Deuben aus. Er gewährte aus Bezirksmitteln Verpflegungskostenbeiträge von über 50 Mark zur Unterbringung von sieben kranken Personen in Heilstätten und genehmigte den 1. Nachtrag zur Gemeindefinanzordnung in Reimnauendorf, den 1. Nachtrag zum Verbandgesetz der Sparkasse des Planischen Grundes, den 7. Nachtrag zu den Satzungen der Sparkasse der Gemeinde Niederlich und den orientalischen Bescheid des Gemeinderates zu Somsdorf über die spätere Nebelhandlungsunterstützung des Gemeindevorstandes. Ferner beschloß er, den Gemeinden Oberpeterswitz, Deuben und Dainberg die Hälfte ihrer Zuschüsse zur Beschaffung verbilligter Lebensmittel für die minderbemittelte Bevölkerung aus verfügbaren Mitteln zu erlassen. Nach vorgängigem Gehör der Bezirksvertretung genehmigte er die Zeichnung von insgesamt 1 016 000 Mark aus Bezirksmitteln für die 5. Kriegsanleihe.

Bulgarischer Besuch in Leipzig. Am Freitag weilte der Unterstaatssekretär im bulgarischen Unterrichtsministerium Zanko S. Arnauow aus Sofia in Leipzig, um einige Bildungseinrichtungen Leipzigs kennen zu lernen. Er ist im Auftrage seiner Regierung schon einige Zeit in Deutschland, um das deutsche Bildungswesen zu studieren und seine Eindrücke und Erfahrungen später für die Verbesserung des bulgarischen Unterrichtswesens zu verwenden. In seiner Begleitung befand sich der Vortrag vom orientalischen Seminar der Berliner Universität Adolf Lane. Die beiden Herren, die am Donnerstag Dresden einen Besuch abgehalten hatten, trafen am Freitag mittig in Leipzig ein. Zunächst wurde die Universität besucht, wo besonders das Klingergymnasium in der Aula das Interesse des bulgarischen Gastes erweckte. Dann besuchte Unterstaatssekretär Arnauow die Thomasschule, die Kreisbauernschaft und das bulgarische Institut des Universitätsprofessors Dr. Beigand, das er besonders eingehend in Augenschein nahm. Nach einer Rundfahrt durch die Stadt nahm der Unterstaatssekretär die Begrüßung durch einige Mitglieder der bulgarischen Kolonie entgegen und suchte dann einige größere Buchhandlungen und Verlagsanstalten auf, um sich über deren Einrichtung zu informieren. Am Spätnachmittag stattete er der Deutschen Bücherlei einen längeren Besuch ab, wo Direktor Dr. Wahl die Führung übernahm. Nach einer Fahrt zum Silbersteinpark besah sich Unterstaatssekretär Arnauow zum Hauptbahnhof, um mit dem Abendzug nach Berlin zurückzufahren.

Deutscher Armenpfleger. Alljährlich im Herbst hat seit einer langen Reihe von Jahren der Deutsche Verein für Armenpflege und Wohltätigkeit seine Jahresversammlung wechselnd in den größeren Städten gehalten. Diese jetzt zum 34. Male stattfindende 35. Zusammenkunft, die man als den „Deutschen Armenpflegertag“ zu bezeichnen sich gewöhnt hat, war wegen des Krieges in den Jahren 1914 und 1915 ausgefallen, obgleich der Verein den gewaltigen Aufgaben der Kriegsfürsorge gegenüber keineswegs müßig geblieben war, sondern durch seinen Vorstand und Ausführenden sich eifrig an der Arbeit betätigt und im April 1915 eine Kriegsfürsorge wegen der sozialen Fürsorge für Kriegerwitwen und Waisen in Berlin veranstaltet hatte. Die am 15. d. M. in Leipzig eröffneten, auf zwei Tage berechneten Verhandlungen erfreuten sich einer sehr harten Beteiligung aus allen Kreisen und Gebieten des deutschen Vaterlandes. Den Vorsitz führte an Stelle des im Heeresdienste stehenden Vereinspräsidenten Geh. Justizrats Dr. Kuland (Colmar i. G.) der zweite Vorsitzende Bürgermeister v. Hollander (Mannheim), sowie als Stellvertreter Geh. Rendant D. Schlotter (Frankfurt a. M.) und Bürgermeister Dr. Weber (Leipzig). Der Vorsitzende gab einen Ueberblick der regen Geschäftstätigkeit des Vereins seit seiner letzten Tagung, wobei er die Einföhrung des Reiches des Unterstützungswohnstätten in Bayern als besonders erfreulich hervorhob und der inzwischen verstorbenen Mitarbeiter

des Vereins mit warmen Worten gedachte. Als Vertreter des höchsten Ministeriums des Innern begrüßte Geh. Regierungsrat v. Der die Versammlung mit den besten Wünschen für ein gedeihliches, durch die Kriegszeit erleichtertes Wirken. Ihm schloß sich Bürgermeister Roth (Leipzig) unter Betonung der innigen Beziehungen an, die von Anfang an zwischen dem Verein und dem Orte der Kriegstagung bestanden haben. Für die bairische Staatsregierung sprach Ministerialrat Buxendörfer (München) bewillkommene Worte, in denen er die erfolgreiche Pionierarbeit des Vereins anerkennend würdigte. Namens des Vorstandes des Deutschen Städtebundes gab Oberbürgermeister Wilm (Wiesbaden) wertvolle Anregungen für den Ausbau der Wohlfahrtspflege nach dem Friedenschlusse. Für das Reichsmarineamt und die Reichsmarineleitung vertrat Geh. Admiralitätsrat Dr. F. F. F. (Berlin) gleichbedeutendes Zusammenwirken mit dem Verein, dessen Aufgaben für die Behörde so bedeutsam sind. Den Kassenerbericht erhaltete der seit langem Jahren dem Vorstande angehörende Stadtrat a. D. Ludwig Wolf (Leipzig), wobei trotz der drängenden Kriegsanforderungen ein beifolgendes Ergebnis festgesetzt werden konnte. Für den Arbeitsausschuß der Kriegerwitwen- und Waisenfürsorge, den der Verein gemeinsam mit anderen Körperschaften und mit den beteiligten Behörden im Frühjahr 1915 ins Leben gerufen hat, berichteten Professor Dr. C. Frankl und Frauella Helene Simon (Berlin); ersterer mit einem geschichtlichen Ueberblick der Entwicklung dieses hochwichtigen Zweiges der Kriegsfürsorge und mit einem Ausblick auf die künftigen sozialen Aufgaben zugunsten der Kriegshinterbliebenen. Der örtliche Ausbau ist ein wichtiges, allenthalben in der nächsten Zeit zu verfolgendes, im Königreich Sachsen bereits im wesentlichen durchgeführtes Ziel, bei dem soziale Schulung, nicht politische Regelung als Vorbedingung zu betrachten ist. Die Verhandlungen über die Armenpflege nach dem Kriege, die den Hauptgegenstand der Tagung bilden, wurden zweckmäßig eingeleitet durch einen Vortrag des Bürgermeisters Dr. Weber (Leipzig) über die öffentliche Armenpflege während des Krieges. Ausgehend von den Betrachtungen eines richtigen Abgrenzung der Armenpflege, betonte er die Notwendigkeit einer verhältnismäßig weitgehenden Wohlfahrtsfürsorge zur Verhütung der Verarmung und schilderte die Schwierigkeiten, die mit dem Kriegszustand verbunden sind. Der neue Begriff der „Kriegswohlfahrtspflege“ kommt nicht nur, wie die soziale Fürsorge, ganzen Gruppen zugute, sondern er sucht dem Einzelfall und dessen Bedarf gerecht zu werden. Das ist vom Standpunkte der Armenpflege, deren Bedeutung dadurch beunruhigt werden kann, nicht unbedeutend. Hinsichtlich der Armenpflege und ihrer politischen Folgen zu befechtigen. Es ist, die Einbuße zu mindern, die der Armenpflege durch den Krieg zugefügt ist. Offenheit gefasst es, das gegen sie vielfach obwaltende Vorurteil zu beseitigen, und in erster Selbstprüfung Weisheit und Wert der Hilfe von Mensch zu Mensch zu haben. In der anschließenden Erörterung betonte Stadtrat Dohlein (Berlin) die Zuständigkeit der Armenbehörden an der Hand der reichsrechtlichen Bestimmungen und wünschte sie von der reichsrechtlichen Bestimmungen zu lösen. Bürgermeister Dr. Luppe (Frankfurt a. M.) hob demgegenüber die Eigenart des Kriegszustandes hervor, aus der sich innere und äußere Gründe für eine veränderte Handhabung bei der Familie der Kriegsteilnehmer ergeben. Dr. Albert Lepp (Berlin) wies darauf hin, daß die freie Arbeitstätigkeit der Vereine und ähnlicher Organisationen durch manche Uebergriffe der Kriegsanforderungen seitens der öffentlichen Versorgungsverbände beeinträchtigt werde; die soziale Entwicklung der Armenpflege sei dadurch ernstlich bedroht, sie müsse vor Stimmungen und Verabschiedung bewahrt werden. Direktor Sell (Leipzig) warnte vor einer Zurückziehung der Armenpflege, die ihre Bedeutung nie verlieren werde. Oberregierungsrat v. Wilmann (Ludwigsdorf) trat einer unbilligen Verschärfung der Armenlasten durch die Kriegsfürsorge entgegen.

(M. L.) Deutsche Kriegsanstellung Dresden 1916. Englische Blätter teilten vor kurzem mit, daß man in England die Mütter hatte, erbeutete Geschenke für eine Ausstellung zu sammeln, daß aber dieses Vorhaben aus Mangel an Beiständen wieder aufgegeben werden mußte. Zur Aufhebung wurde vorgebracht, daß man die vorhandenen Beistände den Verbänden überlassen habe. In Deutschland steht es damit anders: Allmählich haben alle größeren Städte des Deutschen Reiches, sowie auch Wien ihre zugkräftigen Kriegsausstellungen, und gerade der Besuche und die Anerkennung, die der Dresdener Ausstellung zufließt, beweist, wie glücklich der Gedanke gewesen ist, den aus die Engländer vergeblich nachzumachen suchen. Die Ausstellung im Albertinum erhält noch täglich, obwohl sie sich ihrem Ende zuneigt, Zuwachs an Besuchern. Die Ausstellung im Albertinum erhält noch täglich, obwohl sie sich ihrem Ende zuneigt, Zuwachs an Besuchern. Die Ausstellung im Albertinum erhält noch täglich, obwohl sie sich ihrem Ende zuneigt, Zuwachs an Besuchern.

- Berufsberatung für Kriegerwitwen und Waisen findet jeden Montag von 14-5 Uhr nachmittags durch den Verein Heimatkund für die Stadt Dresden im Vorstandszimmer des Vereins gegen Armennat, Dresden-A., Elbgraben 8, Erdgeschoss, Berufsberatung statt.
- Spiele für die Pflanzung auf dem Altmärkte heute mittig 12 Uhr (Leitung: Geh. Kulturbeschreiber A. H.). 1. Chor: „Lobe den Herrn“. 2. Einleitung zur Oper „Raymond“ von Thomas. 3. Konzert-Polonaise von Liszt. 4. Du. 5. Der, wie durch die Tannen“, Lied von Boehm. 6. Anona, Chorführer von Arnold. 6. Humne und Triumpfmarsch aus der Oper „Aida“ von Verdi.
- Geschäftsbesuch. Prinzessin Johann Georg besuchte das Magazin von J. Dillner, Königl. Post, Prager Straße 5.

Deutsches Reich.

Die Handwerker und die Sommerzeit. Die andere Vertreter der Sommerzeit, so hatte auch der Deutsche Handwerker- und Gewerkeverband am 1. September eine Umfrage über die Beibehaltung der Sommerzeit vom 1. Mai bis 30. September veranstaltet. Die Mehrheit der deutschen Handwerkerkammern, nämlich 41, darunter auch die Berliner, haben sich für die Beibehaltung der Sommerzeit erklärt. Hannover nur für das ländliche Handwerk, Chemnitz für die Zeit vom 1. April an. Erfurt und Stuttgart für die Zeit bis zum 1. Oktober. Gegen die Beibehaltung der Sommerzeit erklärte sich das Handwerk aus den Kammerbezirken Hannover für das ländliche Handwerk, Schwerin, Sigmaringen, zum Teil Greis, Stralsburg und Wärsburg. Von diesen Handwerkerkammern wird als Hauptgrund angeführt, daß die Vorverlegung der Stunden für ländliche Verhältnisse nicht zweckmäßig sei. Für die Vorverlegung der Stunden auch für die Winterzeit erklärten sich die Handwerkerkammern Gumbinnen, Damburg, Leipzig und Saarbrücken, wohingegen sich 21 Kammern gegen die Vorverlegung der Stunden aber den 30. September aussprachen. Der Wahlsieg am Abend wurde durch die spätere Morgenhellheit wieder aufgehoben werden. Die Handwerkerkammer Stettin erklärte, daß in ihrem Kammerbezirk ein Interesse an der Beibehaltung der Sommerzeit nicht bestehe.

Während des Druckes nachts eingegangen. Neuerte Drahtmeldungen.

Kopenhagen. Der dänische Dampfer „J. N. M. a. w. g.“ ist nach einem Telegramm des Kapitäns an die Reederei am Mittwoch im Kanal in der Nähe der normandischen Inseln von einem Unterseeboot torpediert worden. Das eine Boot mit neun Mann Besatzung, darunter dem Kapitän, traf in dem bretonischen Hafen Paimpol ein, das zweite Boot mit neun Mann, darunter dem ersten Steuermann, wird bisher vermisst. Der Dampfer war mit einer Kohlenladung von Newcastle nach Civitavecchia unterwegs. Ferner wurde auch der dänische Dampfer „Gans Jensen“ auf der Reise von Newcastle nach Genua mit einer Kohlenladung im Kanal torpediert. Die gesamte Besatzung von 19 Mann wurde von einem Fischereifahrzeuge aufgenommen und in St. Malo gelandet. (W. T. B.)

Amsterdam. Nach Blättermeldungen beginnt der Postdampferdienst der Seeland-Linie mit England morgen wieder mit der Ausreise der „Königin Regentes“. (W. T. B.)

Saag. (Eig. Drahtmeld.) Aus Athen wird dem „Daily Telegraph“ gemeldet: Die Bulgaren, die im Gebiete von Drama operieren, werden auf 25 000 Mann geschätzt. Handelswaren im Werte von 110 Millionen Franken sind in Kavalla zurückgelassen. (Dr. F. A.)

Wien. (Eig. Drahtmeld.) Die „Neue Fr. Pr.“ behandelt den übereilten Eintritt Rumäniens in den Krieg, sowie die italienische Kriegserklärung an Deutschland unter dem Gesichtspunkte der infolge der amerikanischen Währungsdrohenden Hungersnot der Verbändestaaten, die sie zwang, den Seeweg nach dem kornreichen Rumänien und Südrussland so schnell wie möglich zu eröffnen zu suchen. (Rdn. B.)

Aten. (Eig. Drahtmeld.) Die Gavas-Agentur meldet aus Athen, Paimis habe in einer Audienz beim König die Bildung eines neuen Kabinetts abgelehnt. (Rdn. B.)

Aten. (Neuter.) Calogeropoulos wurde beauftragt, ein Kabinett zu bilden. Er war Mitglied des Kabinetts Theotakis. (W. T. B.)

Aten. (Eig. Drahtmeld.) Die Bildung des Kabinetts Dimitrakopoulos ist nach italienischen Berichten deshalb gescheitert, weil der Botschafter wohl die Bildung eines Geschäftskabinetts, nicht aber einer Regierung mit einem politischen Programm gehalten wollte. (Rdn. B.)

Newyork. Die Central-Federation-Union hat einen Ausnahmestand der Gasarbeiter, Bootsfahrer, Fabrikarbeiter, Mechaniker und Viehhalter, zusammen 75 000 Arbeiter, zur Unterstützung der ausständigen Angestellten der Straßenbahnen spätestens zum Montag beschlossen. Die Streiktruppen einer halben Million Arbeiter wohnen der Versammlung bei und beschließen, jede einzelne Gewerkschaft aufzufordern, sie möge feststellen, wie ihre Mitglieder über einen ähnlichen Sympathiestreik denken. (W. T. B.)

Schwedens Antwortnote an den Botschafter. Stockholm. (Schwed. Telegr.-B.) Nach einem Pariser Telegramm vom 14. September haben sich die Vertreter der allierten Mächte in Stockholm für nötig gehalten, am 30. August der schwedischen Regierung Bemerkungen über die von ihr zur Regelung der Schifffahrt in schwedischen Gewässern ergriffenen Maßnahmen freundschaftlich zu unterbreiten, welche, wie man feststellen bedauert, wenig mit der Pflicht lokaler und unparteilicher Neutralität Schwedens in Einklang stehen. Heute teilt das Schwedische Telegraphen-Bureau die folgende Antwort des Ministers des Auswärtigen Wallenberg vom 9. September an die Verbändsmächte mit:

Am 30. August d. J. haben Sie dem Königl. Minister der Auswärtigen Angelegenheiten eine Verbalnote überreicht, welche verschiedene Bemerkungen über die neu ergriffenen Maßnahmen hinsichtlich der Schifffahrt in den schwedischen Hoheitsgewässern besonders in der Ostsee enthält. Die Königl. Regierung findet es einigermaßen schwierig, sich von den mit diesem Schritte verfolgten Zielen Rechenschaft zu geben. In der Note kritisieren Sie von verschiedenen Gesichtspunkten aus einige der Maßnahmen, welche die Regierung des Königs neuerdings getroffen hat, um die Neutralität des Landes auf wirksame Art zu sichern. Sie folgern, daß in der Haltung, welche die Regierung des Königs gegenüber dem einen oder dem anderen der beiden kriegführenden Lager angenommen hat, ein erheblicher Unterschied besteht, der wenig vereinbar zu sein scheint mit der Pflicht, auf die strengste Art und Weise den Gegenstand gegen die so geäußerte Meinung zu führen. Die Regierung kann in eine Diskussion über die Aufrichtigkeit und Unparteilichkeit ihrer Neutralität, die während der ganzen Dauer des gegenwärtigen Krieges überreichlich bewiesen worden ist, nicht eintreten. Sie muß jedoch darauf hinweisen, daß eine Anspielung dieser Art offenbar von Grund aus irrig ist, wenn sie sich nur auf unvollkommen durchgedachte Tatsachen gründet. Was die verschiedenen Punkte, die in der kritischen Bemerkung hervorgehoben worden sind, anlangt, so glaubt die Regierung des Königs auf folgendes aufmerksam zu machen:

- Nach den Vorschriften, die im Zusammenhang mit der Vereinbarung über die Befreiung von Unterseebooten unterzeichnet worden sind, wird jedes Unterseeboot als Kriegsschiff behandelt, wenn seine Verwendung für Handelszwecke nicht mit Sicherheit aus bekannten Tatsachen hervorgeht. Die gemachten Bemerkungen können also nur darauf beruhen, daß der Inhalt dieser Vorschriften ihnen unbekannt geblieben ist.
- Der angelegene Artikel des schwedisch-italienischen Vertrages vom 14. Juli 1902 betrifft nur das Recht der Besatzung, d. h. des Seeverkehrs zwischen schwedischen Häfen. Es kann nicht ausgenutzt werden, daß solche Abmachungen in Kriegszeiten die vertragsführenden Mächte verbinden könnten, Ausnahmemaßregeln zu treffen, wie sie durch die Umstände gefordert werden. Die Korund-Rinne, die während des Krieges besonders für die Schifffahrt hergerichtet worden ist und die auch nach dieser Verabreichung nur für Schiffe mit einem bestimmten Zielzuge zugänglich ist, liegt ganz und gar außerhalb des Bundes und innerhalb schwedischer Hoheitsgewässer. Die Dindernisse, die von anderen Mächten der Schifffahrt auf den gewöhnlichen Wasserstraßen zwischen Nordsee und Ostsee bereit worden sind, entstehen aus der Einwirkung Schwedens. Es verbleibt jedoch von selbst, daß die Regierung des Königs durchaus bereit ist, in der geschäftlichen Art Zweifel zu erörtern, die hinsichtlich der Auslegung des schwedisch-italienischen Vertrages aufzutauchen könnten.
- Was die Schließung der Korund-Rinne anbelangt, so ist davon bereits unter der vorhergehenden Nummer gesprochen worden. Wenn die alliierten Mächte die Herrschaft über die Regierung des Königs unter entsprechenden Voraussetzungen nicht anders gehandelt haben, als sie gehandelt hat, wenn die Königl. Regierung, wie sie es oft getan hat und noch immer zum Nutzen der Schifffahrt der alliierten Länder der schwedischen Küstengewässer tut, den Handelsschiffen jeder Nationalität den Zugang freier, der ihnen in den schwedischen Küstengewässern zusteht, dadurch, daß sie die Verlegung der schwedischen Souveränität verhindern, so führt sie nur ihre Neutralität auf die Art, welche sie für dem Ziele am besten angepasst hält. Die getroffenen Maßnahmen könnten gegenüber den wiederholten Zusicherungen an die Regierung, daß das Gebiet Schwedens ausnahmslos respektiert werden soll, unnötig erscheinen. Aber unerschütterlich ist die Regierung des Königs allein darüber zu urteilen berechtigt, wenn es sich für sie um die Wahl zwischen verschiedenen legitimen Mitteln handelt, um ihre Rechte aufrecht zu erhalten und ihre Pflichten zu erfüllen.

Die würdige und sachliche Antwort der schwedischen Regierung findet in den Abendblättern volle Zustimmung. (W. T. B.)